



Veranstaltungsreihe "Demokratie im Gespräch"

Thema: **Wie mit den Rechten umgehen? Ein systemischer und ein politikwissenschaftlicher Zugang**

Bericht

Einleitung

Die Veranstaltung am 6. Juni 2025 (Ort: Fremde werden Freunde, Garnisongasse 11, 1090 Wien) thematisierte den zunehmenden Rechtsruck in Europa und weltweit – mit einem besonderen Fokus auf mögliche systemische und politikwissenschaftliche Gegenstrategien. Im Zentrum standen die Fragen: Was sind die Ursachen? Welche Reaktionen sind hilfreich – und welche nicht? Und wie kann Demokratie heute wirksam verteidigt und weiterentwickelt werden?

Eingangsstatement von Grete Kernegger (betrifft.demokratie)

Grete Kernegger stellte eingangs fest, dass rechtspopulistische und autoritäre Bewegungen bereits zentrale Bereiche demokratischer Gesellschaften durchdrungen haben. Viele Menschen fühlten sich durch diesen massiven Rechtsruck überfordert und ohnmächtig. Die Reaktionen reichten von empörter Kritik über Unverständnis für rechte Wähler:innen bis hin zu sozialpsychologischen Erklärungsversuchen (z. B. „Wutbürger:innen“ oder „Globalisierungsverlierer:innen“). Doch trotz teils zutreffender Analysen mangelte es an konkreten Handlungsvorschlägen.

Sie zitierte vier Persönlichkeiten, die das Dilemma im Umgang mit dem Rechtsruck auf den Punkt bringen:

- ◆ **Tamara Ehs** sieht die aktuellen Krisen als Spiegel grundlegender Defizite der Demokratie.
- ◆ **Franz Winter** warnt vor der gezielten Instrumentalisierung gesellschaftlicher Ressentiments durch rechte Akteure und fordert mehr Selbstkritik auf progressiver Seite.
- ◆ **Jürgen Berlakovich** kritisiert die „Empörungskritik“ der Linken, die sich auf Selbstbestätigung in der eigenen Blase beschränke.
- ◆ **Robert Stadlober** plädiert für neue Formen progressiver Kommunikation – niederschwellig, empathisch, ohne moralischen Zeigefinger.

Impuls von Rainer Bauböck

Rainer Bauböck betonte, dass progressive Kräfte heute in der Defensive seien. Statt Veränderungen zu gestalten, müssten sie Rechtsstaat und Demokratie verteidigen – dabei wäre eine Erneuerung dringend notwendig.

- ◆ Die linke Identitätspolitik habe sich in Kulturkämpfen verloren – ein Spielfeld, das die Rechte geschickt besetze.
- ◆ Postmoderne Kritik habe universalistische Ideale der Aufklärung verdrängt, rechte Akteure übernahmen nun deren Rhetorik (z. B. Leugnung objektiver Wahrheit).
- ◆ Die Zustimmung zur extremen Rechten sei nicht nur durch ländlich-konservative Milieus erklärbar, sondern auch durch Ängste vor Statusverlust, Unsicherheit und Kontrollverlust.

Rechte Politik biete einfache Feindbilder statt Lösungen – doch viele Wähler:innen störten sich daran offenbar nicht. Anders als im historischen Faschismus setzten heutige Rechtsextreme auf Wahl- und Medienmanipulation, Justizkontrolle und Kontrolle öffentlicher Meinung – etwa über soziale Medien und Künstliche Intelligenz.

In stabilen Demokratien sei der Rechtsruck umkehrbar – aber nur durch breite Allianzen der Mitte und Linken. Diese jedoch übernahmen zunehmend rechte Begriffe und Narrative und vernachlässigten zentrale Zukunftsthemen wie Klima- und Sozialpolitik.

Bauböcks Vorschläge zur demokratischen Erneuerung:

1. **Inklusive Demokratie:** Positive Erzählungen zur Migrationsgesellschaft entwickeln – mit klarer Definition von Zugehörigkeit.
2. **Ökologische Demokratie:** Verantwortung für Umwelt und kommende Generationen wahrnehmen.
3. **Deliberative Demokratie:** Polarisierung durch gemeinwohlorientierten Diskurs entgegenwirken – etwa über Bürger:innenräte.

Impuls von Ruth Seliger

Ruth Seliger stellte die zentrale Frage: *Was wollen wir eigentlich verteidigen, wenn wir die Demokratie verteidigen? Was hat sich überholt, was gilt es zu bewahren?*

Unverzichtbar würden demokratische Grundprinzipien wie die Achtung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Begrenzung von Macht bleiben als Fundamente, auf denen unsere Demokratie ruht. Gleichzeitig wird kritisch darüber nachgedacht, ob nicht einige politische und gesellschaftliche Vorstellungen reformbedürftig seien: Der überhöhte Freiheitsbegriff, die Dominanz des Individuums gegenüber dem Gemeinwohl sowie traditionelle Formen der Machtlegitimation, etwa das unreflektierte Vertrauen in Wahlen und Mehrheitsentscheidungen. Eine lebendige Demokratie der Zukunft muss darum nicht nur bewahren, was sie schützt, sondern auch wandeln, was sie begrenzt.

Denn Demokratie sei durch sich selbst gefährdet – durch ihre Offenheit könne sie auch mit demokratischen Mitteln abgeschafft werden. Beispiele wie Ungarn und Polen zeigten, wie gefährdet demokratische Institutionen seien, wenn Mehrheiten sie aushebeln. Seliger forderte neue gesellschaftliche Diskurse und Reflexionsräume, etwa über Bürger:innenräte. Sie verglich die gegenwärtige Situation mit einem „toten Pferd“: ein System, das seine Lebenskraft verloren hat.

Krisenursachen, an denen Seliger ansetzt:

Vertrauensverlust in demokratische Institutionen

- ◆ Unfähigkeit zur schnellen Problemlösung
- ◆ Versagen bei der Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse (Sicherheit, Zugehörigkeit)
- ◆ Erosion aufklärerischer Grundannahmen (Vernunft, Mehrheit = Legitimität)

Seliger rief zur Selbstreflexion auf: Empörte, moralisierende Reaktionen auf rechte Positionen seien kontraproduktiv. Breite Allianzen mit den Konservativen seien nötig, offene Gesprächsangebote an sie würden fehlen. Viele Menschen fühlten sich von rechten Parteien besser verstanden als von linken – nicht zuletzt, weil linke Diskurse sich zunehmend in Meinungsuniformität verlieren würden.

Ein Grundproblem sei auch das moralische Helfersyndrom: Will man den "armen Leuten" helfen – oder doch sich selbst bestätigen? Das ist zu verkürzt! Das ist so nicht verständlich!

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden vor allem zwei Themen intensiv beleuchtet:

1. **Veränderte Kommunikationsstrukturen:**
Früher boten Kirche, Parteien oder Stammtische soziale Anbindung – heute dominieren Social-Media-Plattformen, die politische Diskurse emotionalisieren und fragmentieren.
2. **Bürger:innenräte:**
Sie wurden als lebendiges demokratisches Instrument gewürdigt – müssten jedoch stärker politisch verankert werden.

Abschließend wurde betont, dass Demokratie nicht nur ein Bündel von Rechten sei, sondern auch aktive Mitverantwortung verlange. Das bestehende Ungleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten von Bürger:innen sei problematisch. Demokratie könne nur dann bestehen, wenn sich ausreichend viele Menschen engagieren – etwa durch Beteiligung an strukturierten Partizipationsprozessen.